

Brüssel, 16. Dezember 2022

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Stellungnahme zum von der EU-Kommission geplanten EU Critical Raw Materials Act

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum von der Europäischen Kommission geplanten Critical Raw Materials Act. Grundlage dieser Stellungnahme sind die dem DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der Deutschen Industrie- und Handelskammern sowie die wirtschaftspolitischen¹/europapolitischen² Positionen des DIHK. Zusätzlich werden hier auch die Ergebnisse der unter knapp 3.000 Unternehmen durchgeführten DIHK-Blitzumfrage zu Lieferengpässen und Rohstoffknappheit³ aus dem August 2021, der unter 24.000 Unternehmen durchgeführten Konjunkturumfrage des DIHK aus dem Herbst 2022⁴, des AHK World Business Outlook aus dem Herbst 2022⁵ mit 3.100 von den deutschen Auslandshandelskammern befragten im Ausland tätigen Unternehmen und eine im November 2022 durchgeführte nicht repräsentative Abfrage unter 157 Unternehmen aus den DIHK-Ausschüssen wiedergegeben. Sollten dem DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird der DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.

A. Das Wichtigste in Kürze

DIHK-Umfragen belegen, dass die Versorgung mit Rohstoffen gegenwärtig nicht uneingeschränkt gewährleistet ist. Entsprechend ist es aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft grundsätzlich richtig, dass die EU-Kommission ein Gesetz für kritische Rohstoffe („Critical Raw Materials Act“) vorschlagen will, um zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von Rohstoffen treffen zu können. Eine europäische Bündelung der Ressourcen ist aus Sicht der Wirtschaft empfehlenswert, um die Rohstoffversorgung der Unternehmen zu sichern.

Die deutsche gewerbliche Wirtschaft befürwortet daher die Schaffung eines EU-Bewertungsrahmens für kritische Rohstoffe sowie die Fokussierung des Critical Raw Materials Act auf strategisch wichtige Rohstoffe und „Standardrohstoffe“ mit einer breiten wirtschaftlichen Bedeutung. Industrie- und Handelskammern unterstreichen, dass ein staatliches Monitoring von Rohstoffen nur dann sinnvoll wäre, wenn dadurch keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für Unternehmen entstehen. Unternehmen befürchten zusätzliche Bürokratie, da sie als Folge ggf. an öffentliche Stellen zu

¹ [Wirtschaftspolitische Positionen 2021 \(dihk.de\)](https://www.dihk.de/wirtschaftspolitische-positionen-2021)

² [EuPos_2019_gesamt.indd \(dihk.de\)](https://www.dihk.de/eupos-2019-gesamt.indd)

³ [DIHK-Umfrage zu Lieferengpässen und Rohstoffknappheit](https://www.dihk.de/dihk-umfrage-zu-lieferengpaessen-und-rohstoffknappheit)

⁴ [Konjunkturumfrage Herbst 2022 \(dihk.de\)](https://www.dihk.de/konjunkturumfrage-herbst-2022)

⁵ [AHK World Business Outlook Herbst 2022 \(dihk.de\)](https://www.dihk.de/ahk-world-business-outlook-herbst-2022)

Rohstoffen berichten müssten. Mindestens sollten die Intervalle für Berichtspflichten nicht zu häufig sein, um die Bürokratie für die Unternehmen zu begrenzen.

Die Erhöhung der Sicherheit der Versorgung mit Rohstoffen durch strategische Rohstoffprojekte in der EU oder in für die Rohstoffversorgung der EU wichtigen Partnerländern wird von der gewerblichen Wirtschaft befürwortet. Sowohl die verstärkte Erschließung von Rohstoffen innerhalb der EU als auch Rohstoffpartnerschaften mit anderen Ländern werden von Unternehmen ausdrücklich als positive Lösungsansätze genannt. Trotz seiner Bedeutung für größere strategische Unabhängigkeit steht der Bergbau in Deutschland vor immer höheren Hürden und Barrieren durch die kontinuierliche Verschärfung und Bürokratisierung von Genehmigungsverfahren, durch fehlende Technologieoffenheit bis hin zu Verboten und einer stetigen Ausweitung anspruchsvoller, komplexer Umweltauflagen sowie durch eine systematische Verschlechterung der Akzeptanz des heimischen Rohstoffabbaus in der Bevölkerung. Diese Punkte gilt es in einem europäischen Gesetz für kritische Rohstoffe ebenfalls zu adressieren. Die Erschließung von Rohstoffen innerhalb der EU kann beispielsweise durch Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren und Beschleunigungsmaßnahmen ermöglicht werden. Außerhalb der EU können die Deutschen Auslandshandelskammern vor Ort in Partnerländern einen Beitrag leisten, um Projekte zur Rohstoffgewinnung für die EU zu vermitteln und zu unterstützen.

Die gewerbliche Wirtschaft sieht in der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft große Chancen für mehr Ressourceneffizienz und die Versorgungssicherheit von Rohstoffen. So könnten viele Produkte besser recycelt, mehr wertvolle Sekundärrohstoffe erfasst oder die Nachfrage nach Recyclingprodukten gesteigert werden. Allerdings stehen dem Einsatz von Sekundärrohstoffen in vielen Bereichen rechtliche Hindernisse oder Akzeptanzprobleme entgegen. Gleichzeitig gaben jedoch nur sehr wenige Unternehmen an, gegenwärtig in Recycling- oder Kreislaufverfahren zu investieren. Dies zeigt, dass Anreizmechanismen für Unternehmen für die Politik ein sinnvoller Ansatzpunkt sein könnten.

B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Deutsche und europäische Unternehmen, insbesondere aus der Industrie, sind zur Herstellung ihrer Produkte auf zahlreiche Rohstoffe angewiesen. Für sie ist es daher von herausragender Bedeutung, dass sie gesicherten Zugang zu den benötigten Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen haben. DIHK-Umfragen belegen, dass die Versorgung mit bezahlbaren Rohstoffen gegenwärtig nicht uneingeschränkt gewährleistet ist. So zeigt beispielsweise die unter 24.000 Unternehmen durchgeführte Konjunkturumfrage des DIHK aus dem Herbst 2022, dass das Geschäftsrisiko „Energie- und Rohstoffpreise“ mit 82 Prozent gegenwärtig das Top Risiko für deutsche Unternehmen darstellt. Dieser Wert stellt für dieses Risiko das Allzeithoch seit Beginn der Konjunkturumfrage dar. Darüber hinaus gaben im Herbst 2022 im AHK World Business Outlook 42 Prozent der mehr als 3.100 von den deutschen Auslandshandelskammern befragten im Ausland tätigen Unternehmen an, dass sie für die nächsten 12 Monate die Rohstoffpreise als das größte Risiko für die Weltwirtschaft sehen. Damit ist es gemeinsam mit dem ebenfalls von 42 Prozent der befragten Unternehmen benannten Risiko „Störungen der Lieferkette“ das Top-Risiko, noch knapp vor den Energiepreisen.

C. Allgemeine Einführung - Allgemeiner Teil

Es ist aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft grundsätzlich richtig, dass die EU-Kommission ein Gesetz für kritische Rohstoffe („Critical Raw Materials Act“) vorschlagen will, um zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von Rohstoffen treffen zu können. Eine europäische Bündelung der Ressourcen ist aus Sicht der Wirtschaft empfehlenswert, um die Rohstoffversorgung der Unternehmen zu sichern. Hierfür sollte die Europäische Union auch rohstoffpolitisch geeint auftreten, um eine schlagkräftige Strategie zu entwickeln und in die Umsetzung zu bringen. Die bereits existierenden verschiedenen Verbände, Initiativen und nationale Einzelpolitiken sind wichtig, können allerdings nur bedingt Wirkung entfalten ohne eine strategische Bündelung auf europäischer Ebene.

D. Details - Besonderer Teil

1) Ursachen für die Lieferschwierigkeiten oder Preisanstiege bei Rohstoffen

Im Rahmen der DIHK-Blitzumfrage zu Rohstoffknappheit aus dem August 2021 unter 3.000 Unternehmen berichteten 70 Prozent der Unternehmen, dass ein knappes Angebot von Rohstoffen aufgrund von gestiegener Nachfrage bzw. verringerten Produktionskapazitäten die Hauptursache für Lieferschwierigkeiten oder Preisanstiege bei für sie relevanten Rohstoffen ist. Eine nicht repräsentative Abfrage unter 157 Unternehmen aus den DIHK-Ausschüssen im November 2022 deutet an, dass diese Problematik weiter aktuell ist. Maßnahmen zur Reduzierung der hohen Nachfrage oder zur Ausweitung der verfügbaren Rohstoffkapazitäten könnten daher zu einer Verbesserung der Lage beitragen. In der DIHK-Blitzumfrage nannten außerdem 51 Prozent der Unternehmen Transportprobleme als wichtigen Grund für Probleme bei der Rohstoffversorgung, was ebenfalls im Rahmen der nicht-repräsentativen Abfrage aus dem November 2022 nach wie vor angegeben wurde. Maßnahmen zur Beseitigung dieser Probleme (z. B. Containermangel, Mangel an Frachtkapazitäten auf Schiffen, LKW-Fahrermangel, Hafenschließungen aufgrund der Covid-Pandemie) könnten also einen Beitrag zur besseren Versorgung der für die Wirtschaft benötigten Rohstoffe leisten.

2) Bewertungsraster für kritische Rohstoffe festlegen

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Festlegung von Kriterien für die Kritikalität von Rohstoffen ist sinnvoll, um ein gemeinsames Verständnis davon zu stärken, welche Rohstoffe für die Versorgung der Wirtschaft besonders kritisch sind. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Rohstoffe sollte dabei genauso berücksichtigt werden wie das Versorgungsrisiko. Daraus lassen sich dann gemeinsame Ziele für europäische Aktivitäten im Rohstoffbereich ableiten.

Zusätzlich könnten noch preisbezogene Risiken einbezogen werden. Laut der DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022 geben 82 Prozent aller Unternehmen, in der Industrie sogar 93 Prozent, steigende Energie- und Rohstoffpreise als das Top-Geschäftsrisiko an.

Um die bisher als Kriterium verwendete „wirtschaftliche Bedeutung“ von Rohstoffen feststellen zu können, ist es notwendig, auf EU-Ebene zu definieren, welche Bereiche, Technologien und Branchen eine besonders hohe strategische Bedeutung für die Unternehmen haben. Dies sollte gemeinsam mit der Wirtschaft regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden. Wenngleich der Fokus auf Rohstoffen für diese strategisch wichtigen Bereiche liegen sollte, weisen einige Unternehmen darauf hin, dass es wichtig sei, nicht nur die für Zukunftstechnologien notwendigen Rohstoffe zu beachten, sondern auch „Standardrohstoffe“ mit einer breiten wirtschaftlichen Bedeutung im Blick zu haben, die aufgrund lokaler Initiativen in Deutschland immer schwieriger abzubauen sind.

Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern hat beim Ifo-Institut eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten für Schlüsseltechnologien untersucht hat. Die Studie identifizierte 9 kritische Rohstoffe und weist darauf hin, dass eine geografische Konzentration bei 7 der 9 Rohstoffe besteht, die unabdingbar für bestimmte Schlüsseltechnologien sind. Diese kann einen Beitrag zur Debatte um kritische Rohstoffe liefern.

Die europäische Zuständigkeit für die Versorgung mit Rohstoffen könnte dort enden, wo Rohstoffe nur für die Wirtschaft in einzelnen Mitgliedstaaten relevant sind. Hier könnte die Versorgung von den betroffenen Ländern selbst sichergestellt werden.

3) Regelmäßiges Monitoring und Stresstests für Rohstoffe durch ein auf europäischer Ebene koordiniertes Netzwerk europäischer Rohstoffagenturen

Industrie- und Handelskammern berichten, dass ein staatliches Monitoring von Rohstoffen nur dann sinnvoll wäre, wenn dadurch keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für Unternehmen entstehen. Mindestens sollten die Intervalle für Berichtspflichten nicht zu häufig sein, um die Bürokratie für die Unternehmen zu begrenzen.

Eine Koordinierung der Arbeit nationaler Rohstoffagenturen auf europäischer Ebene erscheint grundsätzlich sinnvoll, um ein gebündeltes europäisches Handeln zu erleichtern und dadurch die Rohstoffversorgung für die Wirtschaft zu sichern.

4) Die Sicherheit der Versorgung mit Rohstoffen erhöhen durch strategische Projekte in der EU oder in für die Rohstoffversorgung der EU wichtigen Partnerländern

Für die deutsche gewerbliche Wirtschaft ist es wichtig, dass die Bundesregierung und die EU auf faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Rohstoffhandel hinwirken. Durch strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern oder durch Fortführung der Investitions- und Exportgarantien für Explorationsprojekte können sie Unternehmen bei der Rohstoffbeschaffung unterstützen. Bereits in einer im August 2021 unter 3.000 Unternehmen durchgeführten DIHK-Blitzumfrage gaben 64 Prozent der Unternehmen an, als Konsequenz aus den Lieferkettenunterbrechungen während der Covid-Pandemie ihre Lieferketten diversifiziert zu haben oder dies zu planen. Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen können zusätzlichen Zugang zu Rohstoffen und somit eine weitere Diversifizierung der Bezugsquellen ermöglichen. Hierbei sind Verpflichtungen der Partnerländer, auf Exportverbote und -beschränkungen zu verzichten, von herausgehobener Bedeutung und sollten zentraler Bestandteil aller Handelsabkommen sein, um die Lieferkettensicherheit der Unternehmen zu stärken. Auch innerhalb der Welthandelsorganisation sollte sich die EU stärker gegen Exportbeschränkungen einsetzen.

Die gewerbliche Wirtschaft ist für ihre Produktion, aber auch für Infrastrukturprojekte und den Wohnungsbau auf eine ausreichende und sichere Versorgung mit heimischen Rohstoffen angewiesen. Die Erschließung neuer Abbaustandorte in Deutschland gerät jedoch zunehmend in Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen und stößt auf Vorbehalte in der Öffentlichkeit. Weitreichende Vorschriften zum Gebiets-, Natur- und Artenschutz behindern zunehmend den Abbau dieser Rohstoffvorkommen. Damit Rohstoffe bei Bedarf konstant und beständig erschlossen werden können, sollte auch die Raumordnung langfristig Planungssicherheit gewährleisten. Politik und Wirtschaft sollten gemeinsam das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit des heimischen Rohstoffabbaus der Unternehmen stärken. Die Umsetzung umweltrechtlicher Vorgaben sollte so erfolgen, dass Exploration und Gewinnung heimischer Rohstoffe in Deutschland und der EU möglich bleiben.

Die Gewinnung heimischer Rohstoffe dient sowohl dem Umwelt- und Klimaschutz, da die Verarbeitung der Rohstoffe (z. B. Kalk, Ton, Bergstein) regelmäßig in unmittelbarer Nähe des Abbaus erfolgt. Damit entfallen Transporte und es werden erhebliche Emissionen vermieden.

In der aktuellen nicht repräsentativen Abfrage unter 157 Unternehmen nennen die Hälfte der Befragten den vermehrten Abbau von Rohstoffen innerhalb der EU als eine der Top 3 Maßnahmen zur Steigerung der Versorgungssicherheit. Dies gilt für die befragten Unternehmen selbst dann, wenn für die Gewinnung der Rohstoffe in der EU ggf. ein höherer Preis als bei der Gewinnung in anderen Ländern anfallen würde.

Trotz seiner Bedeutung für größere strategische Unabhängigkeit steht der Bergbau in Deutschland vor immer höheren Hürden und Barrieren durch die kontinuierliche Verschärfung und Bürokratisierung von Genehmigungsverfahren, durch fehlende Technologieoffenheit bis hin zu Verboten und einer stetigen Ausweitung anspruchsvoller, komplexer Umweltauflagen sowie durch eine systematische Verschlechterung der Akzeptanz des Rohstoffabbaus in der Bevölkerung. Diese Punkte gilt es in einem europäischen Gesetz für kritische Rohstoffe ebenfalls zu adressieren. Die Erschließung von heimischen Rohstoffen kann beispielsweise durch Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren und Beschleunigungsmaßnahmen ermöglicht werden.

Die EU-Kommission sollte ihre realen Möglichkeiten zur Steigerung der europäischen Rohstoffproduktion etwa durch Investitionsförderung des Bergbaus und der Finanzierung europaweiter geologischer Erkundungsprogramme auf Basis einheitlicher digitaler geologischer Datenbanken nutzen.

Die von der EU-Kommission in Erwägung gezogene Möglichkeit, durch strategische Projekte in Partnerländern außerhalb der EU die Rohstoffversorgung zu verbessern, werden von der Wirtschaft unterstützt. Staatliche Direktinvestitionen und Beteiligungen an der nachhaltigen Erschließung und Nutzung von Rohstoffvorkommen in Partnerländern außerhalb der EU zur Verbesserung der Kosten und der Berechenbarkeit der Rohstoffversorgung können einen sinnvollen Beitrag leisten. Eine finanzielle Förderung der EU für spezifisch dazu gegründete europäische Konsortialstrukturen könnte hilfreich sein. Die Konsortien könnten aus diversen europäischen Unternehmen bestehen, welche verschiedene Teile der Wertschöpfungskette abdecken.

Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit im Bereich der Veredelung von Rohstoffen könnten ebenfalls notwendig sein. Gegenwärtig dominiert China in vielen Bereichen den globalen Markt bei der Veredelung, was die Abhängigkeit bei Rohstoffen nur um eine Stufe in der Wertschöpfungskette nach hinten verschieben würde, wenn das Problem des Zugangs zu Rohstoffen gelöst würde. Unternehmen aus der Industrie fragen häufig Rohstoffe bereits in veredelter Form nach. Ist ein Aufbau der Veredelung in der EU nicht möglich oder nicht wirtschaftlich sinnvoll, so könnte alternativ die Abhängigkeit bei veredelten Rohstoffen von China reduziert werden, indem in anderen rohstoffreichen Ländern mit Unterstützung der EU die Veredelung von Rohstoffen ausgebaut würde. Dies könnte gleichzeitig die Bereitschaft dieser Länder zur Kooperation mit der EU bei Rohstoffen erhöhen, da einige Drittstaaten für Zugang zu Rohstoffen im Gegenzug Investitionen in die Weiterverarbeitung von Rohstoffen im Land fordern. Hier kann die deutsche Industrie mit Technologie und Knowhow zu einer höheren Wertschöpfung ebenso beitragen wie zu einer nachhaltigeren Weiterverarbeitung als dies meist in Drittländern wie z.B. in China geschieht.

Der Aufbau von Know-How in rohstoffreichen Partnerländern der EU kann ein weiterer Baustein sein, um europäische Standards für den Rohstoffabbau zu erfüllen. Die Industrie- und

Handelskammer Chemnitz ist in einem afrikanischen Land am Aufbau einer Bergbaukammer beteiligt, die Bergbauunternehmen in der Region dabei unterstützen soll, europäische Standards zu erfüllen und somit die Lieferung in die EU trotz zukünftig steigender regulatorischer Anforderungen zu ermöglichen.

Die Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) sind an 150 Standorten in 93 Ländern der Welt aktiv. In besonders rohstoffreichen Ländern sind sie mit Kompetenzzentren für Rohstoffe und somit der notwendigen Expertise ausgestattet, um Unternehmen vor Ort zu unterstützen, egal, ob sie im Abbau oder der Weiterverarbeitung von Rohstoffen tätig sein wollen oder auf der Suche nach einem Rohstofflieferanten sind. Diese Kompetenzzentren können von EU-Unternehmen verstärkt als Instrument zur Verbesserung des Zugangs zu Rohstoffen genutzt werden.

Die Deutschen Auslandshandelskammern berichten unter anderem, dass Wettbewerber um Rohstoffe wie China häufig Knowhow, Technologie, Finanzierung und Abnahmegarantien aus einer Hand bietet. Damit konnten in der Vergangenheit zumeist ungebündelte Bemühungen aus der EU zu häufig nicht mithalten. Dies könnte ein Ansatzpunkt für die EU sein, um im Wettbewerb um Rohstoffe zukünftig erfolgreicher aufzutreten.

Darüber hinaus treten bisher auf ausländischen Märkten verschiedene Mitgliedstaaten bzw. ihre Unternehmen gegenseitig als Wettbewerber um Rohstoffe auf. Ein Ansatz für die dringend benötigte, tatsächliche gebündelte europäische Handlungsfähigkeit oder Lösungen lässt sich aus den bisherigen Vorschlägen der EU-Kommission im Konsultationsdokument noch nicht ablesen.

5) Strategische Notfallreserven

Bereits in der 2021 unter 3.000 Unternehmen durchgeführten DIHK-Blitzumfragen gaben 57 Prozent der Unternehmen an, aufgrund der Erfahrungen während der Covid-Pandemie ihre Lagerhaltung selbst erhöht zu haben oder dies zu planen.

Sollte sich die EU dennoch dazu entscheiden, staatliche Notfallreserven aufzubauen, so sollte beraten werden, bei welchen Rohstoffen diese am ehesten benötigt werden würden. Die DIHK-Blitzumfrage zum Rohstoffmangel aus dem August 2021 unter 3.000 Unternehmen kam zu dem Ergebnis, dass die befragten Unternehmen bei den folgenden Rohstoffen von Lieferengpässen und starken Preissteigerungen betroffen waren:

1. Stahl
2. Kunststoffe
3. Holz
4. Aluminium
5. Kupfer
6. Silizium
7. Nickel, Lithium, Kobalt, Graphit

Kommt es zur Bildung von Notfallreserven, sollten diesen aus Sicht eines Teils der gewerblichen Unternehmen mindestens von privaten Akteuren gehandhabt werden oder private Akteure so unterstützt werden, dass sie diese übernehmen können.

6) Quantitative Ziele für den Anteil der Deckung von Bedarfen an kritischen Rohstoffen durch Rohstoffvorkommen innerhalb der EU

Quantitative Zielsetzungen sollten immer das Spannungsfeld zwischen einer unabhängigeren Versorgung der EU mit Rohstoffen und ggf. höheren Kosten für den Abbau von Rohstoffen innerhalb der EU, welcher Kostennachteile für europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb bedeuten könnte, berücksichtigen und ausbalancieren. Ähnliches gilt für verpflichtende Zielvorgaben für Recycling innerhalb der EU.

7) Stärkung der Kreislaufwirtschaft

Die EU-Kommission hat in ihrer Konsultation zum Critical Raw Materials Act angekündigt, die Kreislaufwirtschaft weiter zu stärken, um eine effizientere Ressourcennutzung zu gewährleisten. Gesetzgebung und technischer Fortschritt haben in Deutschland eine leistungsfähige Kreislauf- und Recyclingwirtschaft entstehen lassen. Für viele Bereiche der produzierenden Wirtschaft ist sie heute schon wichtiger Lieferant von Energieträgern und Rohstoffen und kann zudem zum Klimaschutz beitragen. Die gewerbliche Wirtschaft sieht in der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft große Chancen für mehr Ressourceneffizienz und die Versorgungssicherheit von Rohstoffen. So könnten viele Produkte besser recycelt, mehr wertvolle Sekundärrohstoffe erfasst oder die Nachfrage nach Recyclingprodukten gesteigert werden. Allerdings stehen dem Einsatz von Sekundärrohstoffen in vielen Bereichen rechtliche Hindernisse oder Akzeptanzprobleme entgegen.

Um die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für eine ressourceneffiziente Produktion zu erschließen, sollte die Politik zuerst auf Unterstützungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung sowie auf Stimulierung von Investitionen in Umwelttechnologien setzen und freiwillige Instrumente weiterentwickeln. Wo Defizite bei der Umsetzung bestehender Regelungen zur Produktgestaltung, der Sammlung oder dem Recycling bestehen, sollten diese praxisgerecht angepasst und der Vollzug effektiver gestaltet werden.

Die Wirtschaft unterstützt das Ziel der Schaffung eines Marktes für hochwertige sekundäre Rohstoffe mit europaweit vergleichbaren Qualitätsstandards. Um mehr Ressourceneffizienz zu erreichen, sollte die Politik vorrangig Forschung und Innovation im Bereich Recycling fördern und rechtliche Hürden für den Einsatz von Recyclingprodukten senken. Weiterhin sollten nachvollziehbare Ziele für den Einsatz von Recyclingmaterialien gesetzt werden.

Von 157 befragten Unternehmen befürwortete die Mehrheit die Stärkung der Kreislaufwirtschaft als sinnvolle Maßnahme, um Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren. Gleichzeitig gaben jedoch nur sehr wenige Unternehmen an, gegenwärtig in Recycling- oder Kreislaufverfahren zu investieren. Dies zeigt, dass Anreizmechanismen für Unternehmen für die Politik ein sinnvoller Ansatzpunkt sein könnten.

E. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Christopher Gosau

Leiter des Referats Europäische Wirtschaftspolitik

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts, B-1000 Brüssel

Tel +32 2 286-1661

gosau.christopher@dihk.de

F. Beschreibung DIHK

Wer wir sind:

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.

Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).

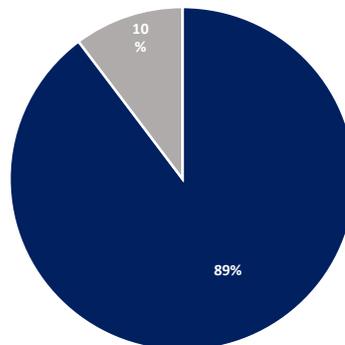
Anhang zur Stellungnahme zum EU Critical Raw Materials Act

Nicht repräsentative Abfrage unter 157 Unternehmen aus DIHK-Ausschüssen
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
November 2022



Betroffenheit der Unternehmen

Sind oder waren Sie in den letzten Monaten von
Lieferschwierigkeiten oder deutlichen Preisanstiegen bei für
Sie relevanten Rohstoffen betroffen?



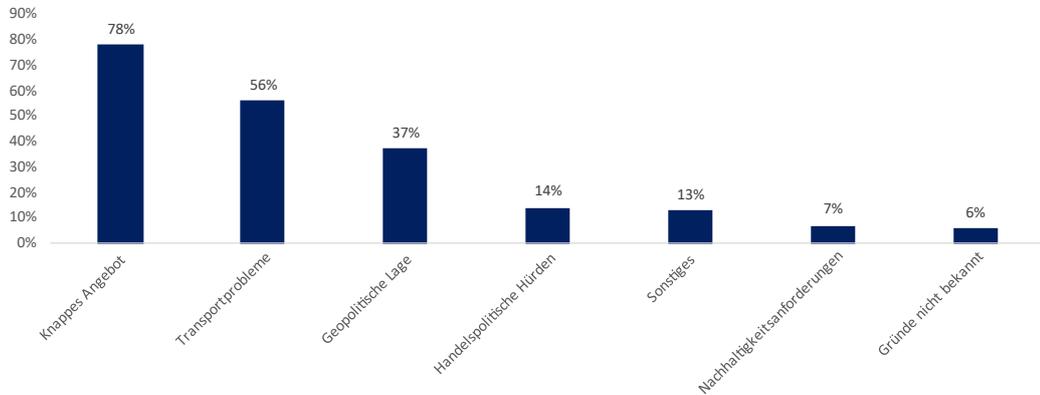
■ ja ■ nein

| 17.12.2022 | 2



Ursache für Lieferkettenprobleme

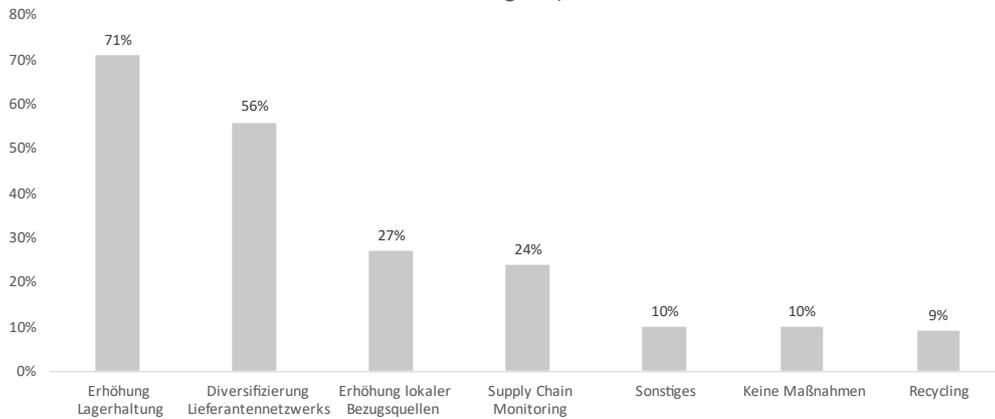
Was sind die Gründe für die Lieferschwierigkeiten oder Preisanstiege für Sie relevante Rohstoffe?



| 17.12.2022 | 3 |

Betriebliche Maßnahmen

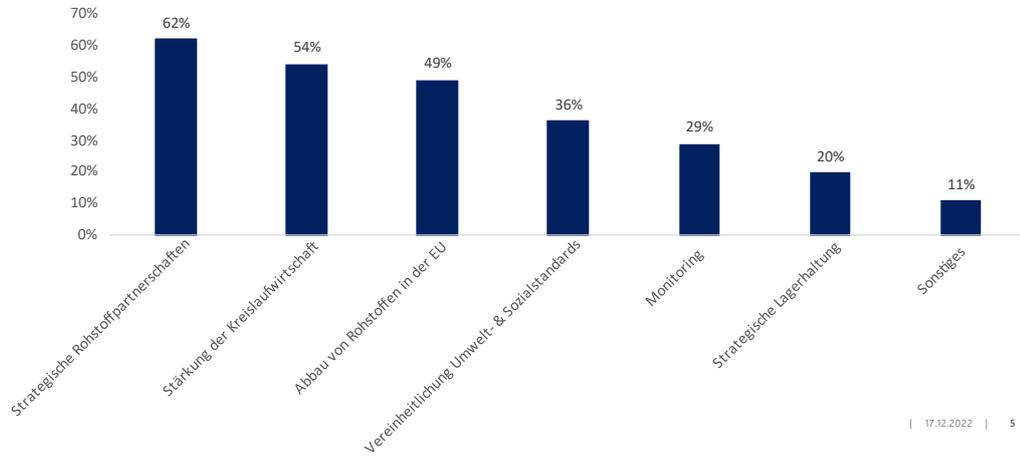
Welche betrieblichen Maßnahmen planen Sie oder haben Sie bereits umgesetzt, um das Risiko von Lieferengpässen bei Rohstoffen zu verringern? (Mehrfachnennung möglich)



| 17.12.2022 | 4 |

Maßnahmen auf EU-Ebene

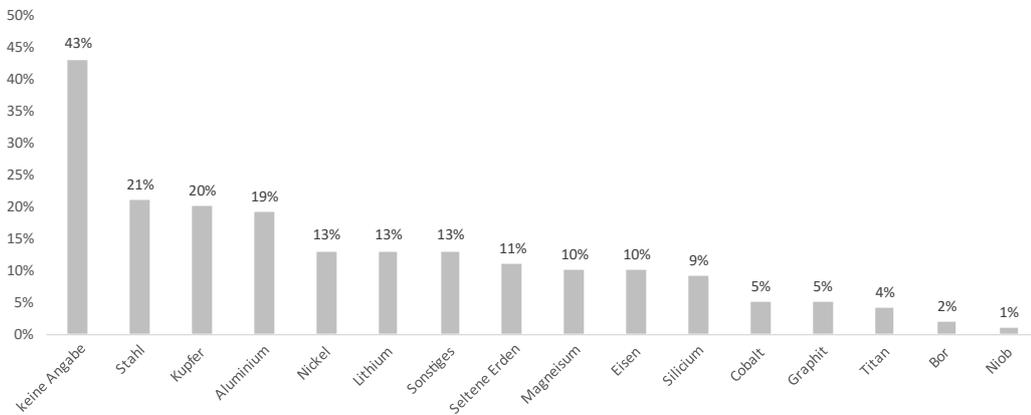
Welche Maßnahmen könnten Ihres Erachtens auf europäischer Ebene helfen, um Beschaffungsprobleme bei Rohstoffen zukünftig zu reduzieren und Abhängigkeiten zu minimieren?



| 17.12.2022 | 5 |

Notfallreserven

Für welche für ihr Unternehmen (strategisch) wichtigen Rohstoffe wäre eine staatliche Notfallreserve Ihrer Meinung nach sinnvoll?



| 17.12.2022 | 6 |